

gemacht? Kann es sein, daß unsere Kinder zu viel gegessen haben? Kann es sein, daß unsere Kinder in den besten Universitäten studiert haben? Oder tragen sie die beste Kleidung? Haben wir unseren Lebensstandard verbessert? Sind unsere

Löhne zu sehr gewachsen? Gemeinsam sagen wir: Nein, nein, nein. Wir haben nicht zu viel gegessen. Nein, wir haben uns nicht besser gekleidet. Wir haben keine bessere medizinische Versorgung. Wo sind dann die Gewinne hingeflossen? Warum sind

wir es, die für diese Schulden zahlen sollen?»

Übersetzung aus dem Englischen von
P. Franke.

Zeiten der Freude und der Angst

Suhartos Rücktritt wird einige Menschen in der Region beunruhigen und andere begeistern. Fest eingesessene Autokraten können dazu gezwungen werden, sich dem Willen der Bevölkerung zu beugen.

Der Erfolg der indonesischen »people power«, die schließlich Herrn Suharto gestern vom Präsidentenstuhl zu Fall brachte, schafft neue Sorgen für die anderen ASEAN-Mitglieder, die bereits unter der Wirtschaftskrise leiden.

Aber die Auswirkungen des Zusammenbruchs des Suharto-Regimes sind anders als die der Wirtschaftskrise, welche die südostasiatischen Länder unmittelbar nach dem Ausbruch der Finanzprobleme in Thailand überschwemmte. Das historische Ereignis gestern ist eine deutliche Botschaft an die anderen ASEAN-Mitglieder, daß trotz 32 Jahre an der Macht solch starke Männer wie Suharto von demokratischen Gruppen besiegt werden können, wenn sich alle zusammentun.

Der Erfolg der Anti-Suharto Kräfte wird andere Mitgliedsländer, die von autoritären oder schein-demokratischen Regimen regiert werden, zu schaffen machen. Er wird auch oppositionelle Kräfte in ihrem Kampf ermutigen.

»Die Proteste in Indonesien werden mit Sicherheit keine Kettenreaktion unter den ASEAN-Mitgliedern zur Folge haben, aber ihre psychologische Wirkung wird sehr stark sein«, sagte gestern ein ASEAN-Diplomat.

Von den neun Mitgliedsländern der ASEAN (Brunei, Burma, Indonesien, Laos, Malaysia, Philippin-

en, Singapur, Thailand und Vietnam) können nur Thailand und die Philippinen als wirklich demokratische Länder bezeichnet werden. In den übrigen herrschen ein Einparteiensystem wie in Burma, Laos und Vietnam, oder halbdemokratische Systeme.

Diese Unterschiede spielen aber keine Rolle innerhalb der ASEAN, die keine demokratischen Prinzipien für den Zusammenhalt der Mitglieder braucht.

ASEAN wurde vor 31 Jahren als Bollwerk gegen die wachsende kommunistische Expansion in der Region gegründet, aber seit dem Ende des Kalten Krieges konzentriert sich das Bündnis auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ihr Markenzeichen ist Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten ihrer Mitglieder, insbesondere bei sensiblen Fragen wie Politik oder Menschenrechte.

Die Aufnahme Burmas als neues Mitglied im letzten Jahr unterstreicht diese Position. Trotz internationaler Kritik an Burmas herrschender Junta wegen politischer Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen, hat ASEAN Rangoon ohne Skrupel aufgenommen.

Die Regierung in Rangoon war zumindest bis gestern beeindruckt von der Art, wie Suharto sein Land über drei Jahrzehnte regierte. Sie verwendete eine Verzögerungstaktik bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung zur Legitimierung ihrer

Macht, indem sie die den Beratungsprozeß darüber jahrelang hinauszog. Anti-Rangoon-Aktivistinnen sollten sich ermutigt fühlen durch das Beispiel des indonesischen Protestes, fordern sie doch auch ein Ende des Militärregimes und die Geburt eines demokratischen Prozesses. Die Junta ignorierte die Ergebnisse der Wahlen 1990 nachdem sie durch einen hohen Vorsprung von Aung San Suu Kyis National League for Democracy die Wahlen verloren hatte.

Wenn auch das Regime in Rangoon die Situation im Land kontrolliert, wird die Krise in Indonesien der Opposition eine moralische Stütze darin sein, weiter ein Ende der Militärherrschaft zu fordern.

Laos und Vietnam werden auch mit einiger Sorge das Schicksal des indonesischen Präsidenten beobachten. Beide Länder haben bisher den Zusammenbruch des Kommunismus unter Beibehaltung der politischen Macht durch die Entscheidung überlebt, die staatliche Kontrolle über die Wirtschaft zu lockern.

Die Revolutionäre Volkspartei von Laos (LPRP) regiert das Land seit mehr als zwei Jahrzehnte und hat alles gut unter Kontrolle. Trotzdem fürchtet die Partei Anti-Regierungs

Der Originalartikel erschien unter der Überschrift »A time for cheers and fears« in der Bangkok Post vom 22. Mai 1998.


Kräfte, welche ihre politische Macht unterlaufen könnten. Die Aushebung einer Gruppe der Vietnam Free Movement vor kurzem in Thailands Trat Provinz zeigt, daß es immer noch welche gibt, welche die Vientiane Regierung stürzen wollen.

Die Aussichten auf eine demokratischere Gesellschaft im Post-Suharto Indonesien wird sehr ermutigend für Menschenrechtsaktivisten sein, die Verbesserungen bei der Behandlung von sozialen Problemen durch die ASEAN und eine bevölkerungsnähere Organisation wollen. Sie sehen in ASEAN einen exklusiven Klub für Handel und politische Di-

plomaten, die Forderungen nach Behandlung von sozialen Problemen wie Menschenrechte nicht beachten, obgleich ihre Führer und Minister in ihren politischen Erklärungen nie vergessen zu betonen, daß sie auch diese Probleme lösen wollen.

Der Vorschlag, eine regionale Institution zur Behandlung von Menschenrechtsproblemen zu schaffen, und die Forderung, ernsthafte Überlegungen zu Formierung einer neuen Institution anzustellen, die alle Lebensbereiche umfaßt, wurden wärmstens von den Mitgliedern begrüßt. Aber bisher wurde wenig wegen der eigenen Probleme der jewei-

ligen Ländern und dem Mangel an Offenheit in ihren Gesellschaften und politischen Systemen daran getan.

Im Kopf die gemeinsamen Interessen aller Mitglieder bewegt sich ASEAN voran. Aber ohne gemeinsame politische Ideologie wirkt ihre Einheit sehr zerbrechlich. Wie der scheidende Präsident der Philippinen, Fidel Ramos, gestern sagte, Herr Suhartos Entscheidung zurückzutreten ist eine Lektion für alle südostasiatischen Nationen, daß Demokratie der »richtige Ansatz« sei. 

Übersetzung aus dem Englischen von
P. Franke

ASEM II — der Gipfel des seelischen Beistands

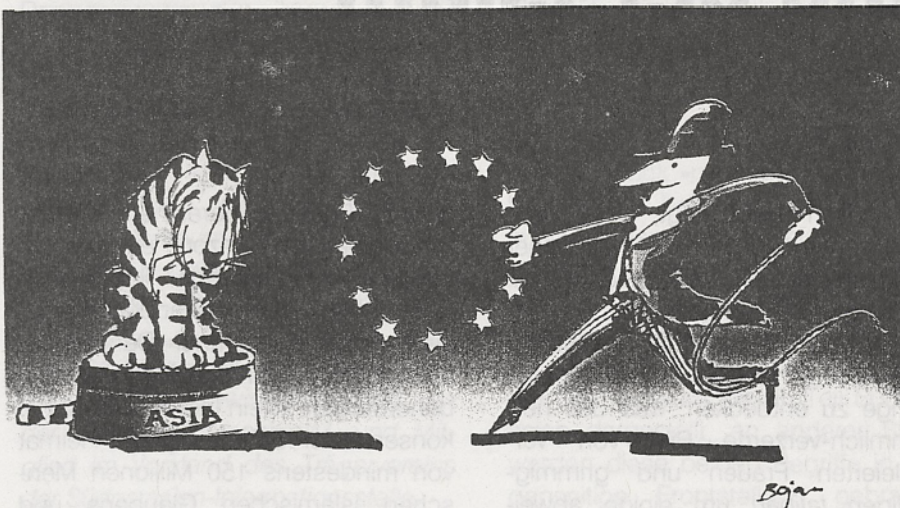
Geht es nach dem britischen Premierminister Tony Blair als Gastgeber des zweiten asiatisch-europäischen Gipfels (ASEM), dann lautet das wichtigste Ergebnis des Treffens der 25 Staats- und Regierungschefs in London: Die von der Wirtschaftskrise betroffenen Staaten Südost- und Ostasiens haben verstanden, daß Europa an ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Krise Anteil nehme und sich nicht zurückziehe und abschotte. Die Europäer erkennen ihrerseits an, daß die wirtschaftli-

chen Fundamente der fernöstlichen Staaten nach wie vor stark seien und dortige Regierungen den Willen zur Stabilisierung der Wirtschaft hätten.

Wer vom ASEM-Gipfel einen konkreten Beitrag zur Lösung der Asienkrise erwartet hatte, mußte sich auf Pressekonferenzen sowohl von Bundeskanzler Helmut Kohl als auch von Malaysias Premierminister Mahathir Mohamad erzählen lassen, daß der Gipfel bereits ihre jeweiligen Erwartungen übertraf. Für besonders wichtig hielt Kohl den vom ASEM-

Gipfel ausgehenden psychologischen Beistand für seine asiatischen Kollegen. Mahathir konnte es sich zwar nicht verkneifen, den Europäern vorzuwerfen, sie hätten mehr tun können, war aber ansonsten sehr zufrieden, in der Erklärung des Gipfels zur Asienkrise einen Passus durchgesetzt zu haben, der Währungsspekulanten für die Krise mitverantwortlich macht. In diesem Punkt haben auf europäischer Seite insbesondere Belgien und Frankreich Mahathir unterstützt, der sich auf seiner Abschlußpressekonferenz konziliant präsentierte.

Wenn die Regierungschefs ihren psychologischen Beistand bereits selbst als wichtigstes Ergebnis des Gipfels herausstellen, zeigt dies, für wie gering sie seine konkreten Beschlüsse in der Praxis bewerten. In der Tat: Zwar wurde trotz der Bedenken der deutschen Regierung ein bei der Weltbank angesiedelter Treuhänderfonds für die Beratung asiatischer Krisenländer beschlossen. Doch außer bei den Briten, die nach einem kon-



aus: AW 10.4.98 S. 14

Der Autor ist Asien-Pazifik-Redakteur der tageszeitung (taz), Berlin.